

# Der Motor stottert

## Vietnam in der asiatischen Krise

von Eberhard Knappe

Lee Kuan Yew, Senior-Minister in Singapur, galt auch für die vietnamesische Regierung als ein kompetenter Berater. Angesichts der Krise in Ost- und Südostasien machte er bei einem Vietnam-Besuch darauf aufmerksam, »daß Südasiaten, Koreaner und Japaner, die nicht genug Geld für eine Reise nach Europa oder Amerika haben, bald in neue, weniger teure Gegenden reisen werden, z.B. nach Vietnam«. Die vietnamesischen TourismusmanagerInnen werden sich gefreut haben das zu hören. Denn gerade die Kunden aus Ost- und Südostasien sind es, die 1997 und 1998 ausblieben. Viel schlimmer noch, den Tourismus-Unternehmen aus der Region fehlt es ganz entschieden an Geld, um die hochgesteckten Ziele beim Bau von Hotels, Golfplätzen, Touristenzentren usw. zu realisieren.

Wenn es nur um die Golfplätze oder die Bettenburgen ginge, würden sich viele Freunde Vietnams genüßlich im Sessel zurücklehnen und über die Qualitäten des Orakel Lee Kuan Yew schmunzeln. Doch die Verluste im letzten Jahr zeigen Auswirkungen auf die vietnamesische Fluglinie, die Hotellerie und andere Zweige des Tourismus. »Auswirkungen« ist hier die Umschreibung für Arbeitsplatzverluste, geringere Einnahmen bei allen vom Tourismus lebenden Gewerben und Stopp für Bauvorhaben und Infrastrukturmaßnahmen, also weitere Arbeitsplätze, die nicht entstehen oder wieder verloren gehen.

Während bis zum Tet-Fest (vietnamesisches Neujahrsfest) immer wieder über die Chancen und Möglichkeiten geschrieben wurde, die in der »asiatischen Finanzkrise« für Vietnam zu sehen seien, läßt sich

jetzt nicht mehr über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise hinwegsehen. Die erste Frage, die der neuen Arbeitsministerin gestellt wurde, lautete: »Was ist zu tun, wenn mehr als 50.000 ArbeiterInnen zum Ende des ersten Quartals 1998 aufhören müssen zu arbeiten?« Frau Nguyen Thi Hang antwortete, ihr Ministerium bereite Ausbildungs-Programme vor, will den Markt für Arbeitsexporte öffnen, überlege Steuervergünstigungen für Betriebe die besonders viele Frauen beschäftigen und studiere Arbeitslosenversicherungs-Systeme. Woher kommt der Umschwung?

### Nachlassen der Investitionstätigkeit

Seit 1988 hat das ausländische Direktinvestment (FDI) in Vietnam eine sehr wichtige und ständig steigende Rolle gespielt. In den Jahren 1991-95, im letzten Fünfjahrplan, machte es 27 Prozent der Gesamtinvestitionen aus. Gegenwärtig tragen die FDI mit 30 Prozent zum Bruttosozialprodukt bei. Ausländische Direktinvestitionen stellen den am schnell-

sten wachsenden Bereich der vietnamesischen Wirtschaft dar. 1996 erreichte das lizenzierte Investitionskapital eine Summe von 8,5 Milliarden US Dollar, umgerechnet etwa 15,3 Milliarden DM. Auch wenn diese Summen jeweils nur das vertraglich vereinbarte Kapital der Gesamtinvestition darstellen, also die schon in Vietnam investierten Summen noch wesentlich geringer sind, die Zahlen beeindruckend.

Ein Blick auf die Tabellen 1 und 2 zeigt, daß die asiatischen Investitionsländer für den Gesamtzeitraum 1988-1998 und auch für das Krisenjahr 1997 die Motoren der Investitionstätigkeit in Vietnam waren. Dabei wird klar, daß alle bedeutenden Investitionsländer mit Ausnahme der USA und den britischen Virgin Islands (über die ein Teil der Investitionen aus Hongkong laufen) von der Wirtschaftskrise betroffen sind. Die Finanzkrise hat die Währungen von Thailand, Malaysia und Indonesien gegenüber dem Dollar und damit gegenüber dem vietnamesischen Dong erheblich geschwächt. Große Chaebols in Korea sind ebenso zusammengebrochen, wie Banken in Japan.

**Tabelle 1: Die »Top Ten« der Investitions-Länder in Vietnam, 1988 bis April 1998**

Land	Anzahl der Projekte	nominelles Gesamtkapital in Mio. US\$
Singapur	176	6.218,34
Taiwan	304	4.122,07
Hongkong	189	3.729,19
Japan	218	3.566,11
Rep. Korea	192	3.135,09
Frankreich	91	1.458,54
Malaysia	60	1.373,70
USA	71	1.248,70
Thailand	79	1.105,53
Brit. Virgin Islands	54	1.035,36
Summe »Top Ten«	1.434	26.992,63
Gesamtsumme	?	32.000,00

Quelle: Vu Xuan Quang, *The Economic Relations between Vietnam and Europe*, ASESUK 2-4.4.1998, London

Der Autor ist Doktorand der Politik am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin.



Die Wirtschaften der meisten asiatischen Länder haben ein geringeres Wachstum oder gar einen Rückgang zu verzeichnen. Diese Krisentendenzen sind durch den Abzug von europäischen Investitionen, Einlagen und Krediten seit 1997 noch verstärkt worden.

Nach Aussagen von Premierminister Phan Van Khai hat Vietnam von 1988 bis zum Jahresende 1997 insgesamt ausländische Investitionen im Wert von 32 Mrd. US-Dollar lizenziert. Davon wurden acht Mrd. US-Dollar realisiert, d.h. dieses Geld (14,4 Mrd. DM) ist tatsächlich in Vietnam ausgegeben worden. Oder sie stehen als importierte Maschinen, mitgebrachtes Know-how oder Lizenzen in den Büchern. 1997 fiel die Summe der lizenzierten ausländischen Investitionen auf etwa 53 Prozent des Vorjahres, das sind 4,5 Mrd. US-Dollar oder 8,1 Mrd. DM.

Irgendwer hat vergessen die Zahlen für 1997 nach unten zu korrigieren, denn auch wenn die anderen Investitionsländer nicht so erheblich sind, so stimmen die Zahlen des Ministeriums für Planung und Investition einfach nicht. Hier zeigt sich deutlich, daß die Investitionsversprechen von einigen mittlerweile bankrott gegangenen Investoren immer noch die Bilanzen schmücken.

Im ersten Quartal 1998 fielen die Investitionszusagen aus den von der Krise betroffenen asiatischen Ländern besonders drastisch: Republik Korea nur noch 7,5 Mio. US-Dollar, Malaysia drei Mio. US-Dollar, Thailand 0,55 Mio. US-Dollar. Aus den Philippinen, Indonesien und

Brunei gab es keine Investitionen. Auch die Investitionszusagen aus Japan und Taiwan gingen deutlich zurück. Nur dank der Zulassung des Dalat-Dankia-Erholungsgebiet-Projekts, mit einer Summe von 706 Mio. US-Dollar wurde ein Absturz ins Bodenlose verhindert. Aus allen produktiven Bereichen der Volkswirtschaft wird ein Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen gegenüber dem Vorjahr gemeldet. Die sehr hoch gesteckten Erwartungen für den Fünfjahresplan 1996-2000 sind gefährdet. Dennoch ging ESCAP (Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik) noch im April 1998 sehr optimistisch von einem Wachstum des BSP von 8,7 Prozent in diesem Jahr und 8,8 Prozent 1999 bzw. 9 Prozent im Jahr 2000 aus.

### Zwickmühle

Die vietnamesische Regierung will mit verschiedenen Maßnahmen auf die Krise reagieren. Auf allen Ebenen sind die Behörden dazu aufgerufen die Prozeduren für ausländische Direktinvestitionen zu reformieren und zu beschleunigen. Sie sollen Gespräche mit den Investoren suchen, und z.B. durch Aktionen, wie gemeinsame Golf-Runden oder durch Telefon-Hotlines, Seminare und Treffen zwischen Managern und Ministern, Gesprächs- und Hilfsbereitschaft signalisieren.

Einige der erkannten Probleme sollen sofort abgestellt werden. Beispielsweise sind die hohen Pachten für Grundstücke gesenkt

worden. Zudem ist geplant, die Steuern in verschiedenen Bereichen zu senken und Doppelbesteuerungen oder unterschiedliche und ungleiche Zolltarife zu vermeiden. Für Export-Investitionen sollen Anreize wie Steuerbefreiung, Tarifsenkungen und besonders günstige Pachten gewährt werden. Mit diesen Maßnahmen sind allerdings nur einige der Probleme angesprochen. Gleichzeitig entstehen bei der Entschädigung der vorherigen Pächter Kosten und anschließend Einnahmeverluste für die unterschiedlichen Kassen der Kommunen oder des Staates.

Im Energiesektor, für den ausländische Joint Ventures oder BOT-Investoren (Bau-Betreiber-Transfer-Investoren) dringend gesucht werden, zeigt sich die Zwickmühle besonders drastisch und mit Auswirkungen für alle Bereiche des Lebens in Vietnam. Hier muß die Regierung schnell Entscheidungen treffen, denn der Energiemangel beeinträchtigt nicht nur das tägliche Leben der Bevölkerung, auch die Entwicklung der ländlichen Gebiete hängt von der Energieversorgung ab. Ohne Strom keine Kühlanlagen für Milch, keine Lagermöglichkeit für Früchte, Schlachtvieh usw. Gegenwärtig kostet eine kW-Stunde in Vietnam 5,8 US-Cent oder 10,44 Pfennige. Damit lassen sich die Investitionskosten für Kraftwerke, Überlandleitungen und Transformatoren nicht amortisieren. Der Strom-Preis in allen Nachbarländern liegt höher. Die vietnamesische Industrie aber ist bei der gegenwärtigen Ausstattung an Maschinen und den durch die regionalen Währungsveränderungen relativ gestiegenen Löhnen nicht konkurrenzfähig. Mit den von der ADB geforderten Preissteigerungen um etwa 2,5 US-Cent pro kW-Stunden wäre der Industrie sicher nicht geholfen und die Bevölkerung würde die Verteuerung der Energiekosten hart treffen. Weitere Subventionen durch den Staat scheinen aber ebenfalls nicht denkbar. Die Regierung laviert zwischen dem Risiko einer unrentabler werdenden Staatsindustrie, dem Ausbluten der staatlichen Fonds und wachsender offener oder verdeckter Arbeitslosigkeit einerseits und dem Ausbleiben von dringend benötigten privaten Investitionen und ODA (Öffentliche Entwicklungshilfegelder) im Energiesektor.

**Tabelle 2: Die »Top Ten« der Investitions-Länder in Vietnam, 1997**

Land	Anzahl der Projekte	nominelles Gesamtkapital in Mio. US\$
Japan	78	875
Rep. Korea	48	792
Frankreich	25	746
Singapur	44	596
Taiwan	85	338
Hongkong	33	317
Brit. Virgin Islands	19	286
USA	16	277
Thailand	14	275
Malaysia	21	248
Summe »Top Ten«	383	4.750
Gesamtsumme	?	4.500

Quelle: STw v. 28.3.98, S. 9





Foto: E. Knappe

Bauboom in Ho-Chi-Minh-Stadt

## Die Wirtschaft stockt

Auch Vietnams Außenhandel hat sich im Zeitraum 1986-1997 vervielfacht, von 2,5 Mrd. US Dollar auf 20,1 Mrd. Dollar. Die vietnamesische Handelsstruktur hat sich allerdings nicht grundlegend gewandelt. Vietnam exportiert Rohprodukte und importiert Halbfertigwaren und Maschinen, Ausrüstungen, Fahrzeuge und Dienstleistungen. Die wichtigsten Exportgüter Vietnams über den gesamten Zeitraum sind Rohöl, Kohle, Reis, Kaffee, Gummi, Tee, gefrorene Meeres-tiere und Fische, Cashew-Nüsse, Stoffe und Schuhe. Alles mit jährlich wechselnden Anteilen entsprechend der Nachfrage der internationalen Märkte. Die Bereiche Stoffe, Textilien und Schuhe hatten sich bis 1996 jährlich überproportional entwickelt und für Beschäftigung und steigende Binnennachfrage gesorgt, denn dies sind die Bereiche in denen viele ArbeiterInnen neu beschäftigt wurden. Aber gerade diese Bereiche sind

1997 und 1998 stark rückläufig. D.h. die industrielle Produktion verliert gegenüber den Rohstoffen an Absatzmöglichkeiten. Das dürfte der Verflechtung mit Unternehmungen aus den asiatischen Nachbarländern geschuldet sein. Unternehmen aus anderen Ländern lassen in Vietnam fertigen, um Quoten für den Marktzugang in die USA oder die EG ausschöpfen zu können. Dabei werden häufig Vorprodukte nach Vietnam importiert, was einen Teil der negativen Handelsbilanz Vietnams; aber auch der Profitmöglichkeiten der jeweiligen ausländischen Joint-Venture-Partner ausmacht.

So schlägt die Krise in Asien auch auf die ArbeiterInnen und die bestehenden Unternehmen in Vietnam durch. Im ersten Quartal 1998 war der Anteil von Arbeitslosen, die vorher in Staatsbetrieben gearbeitet hatten, 18 Prozent. Aus Unternehmen mit ausländischer Beteiligung waren es 8 Prozent und aus EPZs (Wirtschaftszonen) und IPs (Industrie-zonen) gar 30 Prozent. Nur aus Einzelmeldungen wird bisher ersichtlich, daß es sich bei den Arbeitslosen um die ArbeiterInnen aus den koreanischen, taiwanesischen und hongkonger Sub-Unternehmen von multinationalen Textil- und Sportartikel-Konzernen handelt. Die Regierung Vietnams steht auch hier vor schwerwiegenden Problemen. Überlegungen die Firmen durch teure Übergangsregelungen davon abzuhalten ihre Arbeitskräfte zu entlassen, könnten Investoren abschrecken. Versicherungssysteme sind bisher nicht entwickelt. Andere Regelungen, wie Festlegung von größeren Anteilen

des Investmentkapitals bei der Staatsbank als Sicherheitsreserven erscheinen bisher ebenfalls unpraktisch.

Wenn jetzt in der vietnamesischen Presse Zahlen von entlassenen ArbeiterInnen auftauchen, dann stehen sie ganz häufig im Zusammenhang mit den ausländischen Investitionen bzw. mit deren Schwierigkeiten oder ihrem Scheitern. Der häufigste Nachsatz der verantwortlichen Politiker ist, »wir können mit dem Tempo bei der Umwandlung von Staatsbetrieben nicht so schnell voranschreiten, wie wir gerne wollten, denn dies würde schwerwiegende soziale Probleme produzieren.« Nach Aussagen des Finanzministers ist es aber so, daß die Bezahlung der Staatsverwaltungs-Angestellten gegenwärtig 50 Prozent der Staatseinnahmen verschlingt. Die Kosten der unrentablen, verschwenderisch mit Arbeitskraft, Rohstoffen, Energie, Geld und Umwelt umgehenden Staatsbetriebe werden meist unter dem Mantel der sozialen Fürsorge für die ArbeiterInnen verschleiert. (Von Ausgaben für Rüstung, Finanzierung der Streitkräfte und des Sicherheitsapparats ist hier nicht die Rede.)

Es scheint sinnvoll mit den folgenden Zitaten zu enden. So bemerkte Finanzminister Nguyen Sinh Hung in einem Interview mit Saigon Times weekly zu Beginn dieses Jahres: »Sparsamkeit bedeutet einen kleinen Betrag an der richtigen Stelle zu investieren aber damit einen großen Profit zu machen. Im Gegensatz dazu bedeutet Verschwendung, eine große Investition zu machen und nur geringen Profit zu erzielen.« Das Schlußwort soll hier Premierminister Phan Van Khai haben: »Industrialisierung muß ihren Anfang bei der Landwirtschaft, den Bauern und den ländlichen Gebieten nehmen. Diese Politik erfordert das geringste Kapital, schafft eine große Anzahl von Arbeitsplätzen und produziert Kaufkraft für industrielle Produkte.«